

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1913. Nr. 174.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Bezugs 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Feiertage. Sonntags-Beilage: halbes Jahr (144. Heft), 2 M. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), 2 M. Witzblätter, 2 M. Illustrierte Wochenbeilage, 2 M. Schöne Provinzialblätter, 2 M. Kinderbeilage für die junge Welt.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgehaltene Kolonnenzeile über deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bekanntmachung des redaktionellen Teils der Zeile 100 Pfennig. Anzeigengebühren bei der Expedition in Halle (Sax.) und bei allen bekannten Anzeigenpositionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktions-Telefon 8110. Schriftleiter: Dr. Strassner-Heiberg, Halle (Saale).

Dienstag, 15. April 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Ostfurt Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Eysnig, Halle (Saale).

Ausföhnung mit Rußland.

Die Note der russischen Regierung wird von der Gemächtheit der Presse als der entscheidende Schritt zu einer friedlichen Lösung in der Balkanfrage angesehen. Durchweg ist dabei die Genugtuung gering über die Politik mit doppeltem Boden, die Rußland betrieben hat, und die gerade in der Note nicht doppelt deutlich einfließt. Denn, wie sehr man auch der Tatsache Verhältnis in St. Petersburg bringt, daß die leitenden Staatsmänner in St. Petersburg in Rußlands eigenem Interesse den Frieden brauchen, so verkennt doch kein noch so Wohlwollender, daß Rußland selbst den Krieg vorbereitet hat. Es hat Montenegro mit Geldmitteln, Gewehren, Munition und Geld, den anderen Balkanstaaten mit ähnlichen Geldmitteln geholfen, während Frankreich diesen Dienst bei Griechenland beforwort. Mehr als das: aus der Note geht unzweifelhaft hervor, daß Rußland

Arbeiter der Politik

gewesen ist, die dahin führen soll, die Türkei durch die Balkanstaaten aus Europa zu verdrängen. Denn was anders sollte die zwischen dem amtlichen Rußland und Montenegro getroffene Verabredung bedeuten, daß letzteres die Lösung zum Loslösen von Petersburg erwarten sollte! Ganz abgesehen davon, daß der in der letzten Zeit entfaltete Stil der russischen Politik bereits teilweise die Vermutung nahelegt, daß von konstantinopler Seite, vielleicht sogar von Herrn v. Karlowitz, Belgrad und Cetinje dem laiblichen Brüdern mit Augenwinkern zu verstehen gegeben ist, daß jener Vorstoß nur ein Theaterstück für Europa sei und sie nur ruhig und munter darauf loslösen sollten, ohne viel zu fragen und zu fadeln!

Wie immer dem sei, bleibt als Bodenstab alles dessen, was Rußland in der letzten Zeit Europa zugemutet hat, die Erfahrung bestehen, daß die amtliche Politik an der Sängerbühne sich des Panislaus mit ganz aussergewöhnlichem Geschick als einer diplomatischen Frankreich-Truppe zu bedienen versteht. Und nichts würde verhängnisvoller sein, als die Aufstellung, daß diese

Unterstützung im russischen Leben

zunehmend mit dem Friedensschlusse überdauern sei. Gewiss mag zwischen den Zeitungen des Herrn Nikolaus und denen des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch ein ganz grundsätzlicher Unterschied bestehen! Man weiß ja, daß auch der letzte russisch-türkische Krieg vom Jahre 1877/78 gegen den Willen des damaligen Kaisers in Szene gesetzt ist. Aber gerade im Hinblick auf diese Tatsache führt das Zeugnis einer sehr eindringlichen Sprache, das unlängst dem Generalfeldmarschall jener Tage, Nikolai Nikolajewitsch Vater, gelehrt ist. An dem fünfjährigen Sockel dieses Denkmals stehen nämlich fünf Krieger: ein Russe und je ein Vertreter der vier Verbündeten vom jenseitigen Balkanfronte.

Nun mag es ja richtig sein, daß Rußland nichts ferner liegt, als der Wunsch, sich Bulgarien über den Kopf wachsen zu lassen. Aus der Tatsache, daß die Dreieinmächte in der Silitra-Aktion in der Förderung überhimmelt sind, Bulgarien einen Streifen am Schwarzen Meer zu erhalten, kann man auch eine gewisse Eifersüchtelei Rußlands herauslesen. Aber hauptsächlich hat Rußland damit doch wohl den Zweck verfolgt, Rumänien für die Politik des nächsten Krieges zu gewinnen, den es unzweifelhaft schon jetzt vorbereitet. Deshalb darf man auch die fast barbare Abgabe an den fernen Balkan in Cetinje nicht allzu ernst nehmen. Denn auch Montenegro und Serbien werden sicherlich

zwischen den Zeilen der russischen Note

die Betroftung auf bessere Tage herauslesen; ganz abgesehen davon, daß die sämtlichen Teilnehmer der Balkan-erwerbsgenossenschaft ja bei dem Friedensschlusse teilens auf ihre Kosten kommen werden.

Vom deutschen Standpunkte aus fällt es bei dieser Sachlage schwer, sich der Aussicht auf den Frieden so zu freuen, als man im Hinblick auf die auch noch fernerhin drohende Schädigung unseres Erwerbsebens sonst wohl geneigt sein würde. Und noch mehr wird solche Verzichtstimmung in Oesterreich-Ungarn herrschen, das durch die halbjährige militärische Bereitschaft nahezu eine Milliarde an Kosten für einen Krieg im Frieden hat aufbringen müssen, der Handel und Wandel lahmgelegt und zahlreiche tüchtige Kräfte des Mittelstandes nahezu an den Bettelstab gebracht hat.

Die deutsche Öffentlichkeit wird aus diesem Hinblick auf die jüngere Vergangenheit unabweisbar eins lernen: daß es so nicht weitergehen kann.

Daß entweder mit Rußland aus einer anderen Tonart gesprochen oder die nötige Verständigung herbeigeführt werden muß. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß das letztere das Richtige wäre, und daß es auch nicht allzu schwer fallen kann. Wir haben auf eine falsche Karte gesetzt und sollen endlich einsehen lernen, wie wenig die wert ist. Rußland hat nicht so sehr an der Balkanfront, als vielmehr an der Gewinnung des freien Ausweges zum Mittelmeer ein überwiegendes Interesse. Daß die Türkei, nachdem die bulgarische Grenze kurz vor die Thakatalialinie gelegt ist, in Europa hinfort nur noch eine geduldet Rolle spielen kann, liegt auf der Hand. Und es erscheint

sogar fraglich, ob es nicht im eigensten Interesse der Türkei liegen würde, wenn sie ganz sich auf Klein-Asien zurückziehe. Jedenfalls ist Rußlands Absicht von vornherein erkennbar gewesen, Bulgarien an der Gewinnung von Konstantinopel zu verhindern, weil es dies selbst fordert. Und wir wüßten nicht, wie es gerade Deutschlands Aufgabe sein sollte, Rußland an der Erreichung seines Zieles hindern zu wollen, auf das es unauflöslich vornarrückt.

Fragen wir aber nach dem letzten Grunde der tiefen Verstimmung, die in den panislausischen Kreisen sich gegen Deutschland in den letzten Wochen fundageben hat, so stoßen wir wieder und immer wieder auf die zwar ganz und gar unberechtigte, aber doch tatsächlich nur einmal bestehende Auffassung, daß Deutschland es gewesen sei, das im Frieden von St. Stefano und auch jetzt wieder Rußland in der Gewinnung der freien Ausfahrt aus dem Meerengen verhindert habe. Unsere Diplomatie müßte ihr Sandwerk nicht bestehen, wenn es ihr nicht gelingen sollte, endlich diese von deutlich erkennbarer Seite in Rußland gepflegte Auffassung als haltlos und sachlich unbegründet zu erweisen. F. B.

Deutsches Reich.

Die „Nordb. Allgemeine“ gegen eine Klafferei.

In der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am Donnerstag, 10. d. Mts., hat bei Erörterung eines Vermittlungsschlusses der sozialdemokratischen Stadtverordnete Dr. Rosenfeld sich erlaubt, den Monarchen in die Erörterung hineinzuziehen, und zwar unter gleichzeitiger Verwendung falscher, längst widerlegter Angaben. Der Redner bemerkte nämlich: „Vor einigen Jahren starb ein mit Glücksgütern reich gesegneter Mann, der auch arme Verwandte hinterließ, zu seinem Erben aber einen mit irdischen Gütern überhäufte Mann einsetzte. Der glückliche Erbe war der preussische Landesherr, der bekanntlich das Gut Cadix an geerbt hat, und derselbe Mann, der darüber als Landesherr zu entscheiden hat, ob bei einer solchen Gelegenheit nahe Verwandte berücksichtigt werden sollen, hat bei der Anwendung, die ihm geworden, nahe Verwandte nicht berücksichtigt.“ — Die Defensivität wird auf solche Weise mit einer halloisen Klafferei behelligt, zu deren Entstehung nicht der geringste sachliche Anlaß erkennbar ist. Vor geraumer Zeit schon hatten wir („Norddeutsche Allg. Ztg.“, Nr. 117, vom 19. Mai 1905) dargelegt, daß das Gut Cadix im Jahre 1898 in das Eigentum des Kaisers übergegangen ist. Es geschah auf Grund eines Vertrages, in dem dessen als Gegenleistung die Lebensrente der mehr als eine halbe Million betragenden Hypothek und sonstigen Lasten, die Zahlung einer reichlichen jährlichen Leibrente an den Vorbesitzer und endlich die Entrichtung eines dem Werte des lebenden und toten Inventars entsprechenden Kapitals stipuliert wurden. Hiernach handelte es sich weder um Erblichkeit noch Schenkung oder ähnliches, sondern um einen Vertrag, worin Leistung und Gegenleistung genau festgesetzt waren.

* Der Kaiser bewies Montag vormittag längere Zeit auf der Saalburg, in deren Nähe von den Rainiger Bionieren damit begonnen wurde, eine alte römische Schanze aufzuwerfen.

* Der Kaiser hat sein Erwidern zum 125jährigen Jubiläum des großherzoglich medlenburgischen Füsilier-Regiments Nr. 90, Kaiser Wilhelm, das in Potsdam in Garnison liegt, zugewandt. Auch wird an dem Jubiläum der Prinzgemahl Heinrich der Niederlande erwartet, der à la suite des Regiments steht.

* Prinz Heinrich von Preußen hat am Montagabend die Rückreise von England nach Deutschland angetreten.

* Der Zar in Berlin? Wie die „Köln. Ztg.“ aus Petersburg erzählt, will der Zar an der Schwelgerei der Prinzessin Viktoria Luise teilnehmen.

* Drückereier. Ueber eine ungewöhnlich große Abwanderung von deutschen Kapitals wegen der kommenden neuen Steuern will die „Rheinische Zeitung“ folgenden mitteilen können: „Zuerst sollten die Abwanderer auf die halloisen Provinzen abgewandert sein, die der Schweiz in der letzten Zeit einen ungewöhnlichen Umfang an genommen. Zum Teil ist diese Abwanderung von Kapital, worunter sich auch nicht unbedeutende Mengen baren Goldes befinden, auf die bisherige und beabsichtigte internationale Laage zurückzuführen, vor der man in der letzten Zeit die Aussicht auf einen sehr erheblichen Teil wird dabei aber auch die in Aussicht stehende Vermögensabgabe für Seereschiffe ganz offensichtlich mit.“ — Man möchte das lieber nicht glauben. Die „Köln. Ztg.“ sollte wenigstens die Namen solcher Drückereier nennen, damit die öffentliche Meinung sie gedenkt und dadurch andere abhalten könnte, einem so verächtlichen Beispiel etwa zu folgen.

* Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm am Montagabend mit allen gegen sechs Stimmen den Ge-

setzentswurf betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen an. Weiter wurde angenommen ein Antrag Biercks und Genossen, die preussische Staatsregierung zu eruchen, in den überwiegend politischen Teilen der 8 Preussischen Provinzen den deutschen Handel und Gewerbe zu fördern, namentlich in den Großstädten wirtschaftlich zu fördern, insbesondere 1. durch beschleunigte Befriedung der Umgebung der Städte mit deutschen Bauern und Arbeitern, 2. Förderung des Handels aus über die Grenze der Mündlichkeit hinaus, 3. bessere Ausbildung der Gewerbetreibenden in den Fachkenntnissen, in der Berufung und in der Aufklärung, 4. Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens unter Ermöglichung des Anschlusses vereinzelter Gewerbetreibenden, 5. Förderung der Selbstmachung von Gewerbetreibenden in eigenen Wohnhäusern.

* Zwischenfälle in Nancy. Offizielle Berichte über die Vorgänge in Nancy, wo am Sonntag verschiedene Deutsche, Herren und Damen, vom Publikum schwer beschimpft und teilweise mißhandelt wurden, liegen bisher noch nicht vor. In den Berliner politischen Kreisen berichtet man aber, wie unser Berliner Vertreter meldet, daß von seiten der zuständigen deutschen Behörden auf das Schärffte darauf gedrungen werden wird, den angegriffenen Deutschen volle Genugtuung zu schaffen. Man nimmt insofern an, daß die französischen Behörden aus freien Stücken alle nötigen Schritte tun werden, um unzulässig eine solche Genugtuung herbeizuführen. Davon, daß sich unter den angegriffenen deutschen Herren Offiziere in Zivil befunden hätten, ist an Berliner zuständigen militärischer Seite nichts bekannt.

* Zu den Reichstagswünschen auf Änderung des Pfandrechts schreibt man uns: Die Kommission für das Pfandrechtsgesetz hat beschlossen, die Regierung zu eruchen, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Pfandrechtsgesetzes bei Privatbeamten vorzulegen. Derartige Wünsche sind in den letzten Jahren wiederholt von verschiedenen Verbänden der Privatbeamten an die Reichsregierung und den Reichstag gerichtet. Zum letzten Mal hat sich der Reichstag mit der Frage beschäftigt aus Anlaß von Eingaben des Verbandes der deutschen Pfandrechtsgenossen und des Vereins der deutschen Kaufleute im Jahre 1911. Zur Prüfung der Frage hat das Reichsamt des Innern schon im Jahre 1908 alle großen Organisationen des Handels, der Industrie und des Handwerks, eine autarkische Bewegung zu der Wänschen der Angehörigenorganisationen eruchi. Die daraufhin erstellten Gutachten haben sich ganz überwiegend gegen eine Abänderung des § 850 des Zivilprozeßordnung ausgesprochen. Der Deutsche Handelstag beispielsweise trat auf Grund eines Mehrheitbeschlusses für die Beibehaltung des gegenwärtigen Standes ein. Dieser durchaus ablehnende Standpunkt der Handel, Industrie und Handwerksvereine zur Aufhebung der Grenze des pfandrechtlichen Einkommens einnahmen, ist dann die Ursache gewesen, weshalb die Reichsregierung der Anregung weiter keine Folge gegeben hat. Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß an den Reichstag auch Wünsche in entgegengekehrter Richtung herangetragen sind. So reichte im Jahre 1911 der Zentral- der freien Handwerkerverbände Deutschlands durch eine Eingabe an die Reichsregierung dahin abzuändern, daß Gewerbetreibende und Handwerker ein Beschlagnahme auf einen Teil des Gehalts schon von 750 Mark an ausüben solle. Der Reichstag hat diese Beilicht durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Das Verhalten nach einer Beschlagnahme der Grenze des pfandrechtlichen Einkommens besteht übrigens nicht nur bei den Privatbeamten, sondern auch bei den öffentlichen Beamten. So hat im Jahre 1911 der Verband deutscher Beamtenvereine an das Reichsjustizamt und die Justizministerien der vier größten Bundesstaaten eine entsprechende Eingabe gerichtet.

Ausland.

Der Krieg auf dem Balkan.

In den politischen Kreisen Berlins gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Verhandlungen mit den Balkanstaaten soweit gefördert werden können, daß die Unterzeichnung des Vertrags am Schwarzen Meer zu erwarten ist. Dieser Woche erfolgen kann. Das montenegrinische Amtsblatt veröffentlicht einen Artikel, der eine sehr lebhaft polemisch gegen das Communiqué der russischen Regierung enthält. Die Sprache des Artikels ist so deutlich, daß der Artikel keines weiteren Kommentars bedarf. Es scheint nach allen Anzeichen, daß die Russen im Hinblick auf die Operationen gegen Estland einzustellen. Man muß immerhin mit der Möglichkeit rechnen, daß die Truppen die Befehlshaber Estland wieder aufnehmen werden. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ hierzu meldet, kann die Unterzeichnung nicht mehr als geistig geteilt werden. Der selbe Entschluß der Mächte legt deutlich, daß die Abgrenzungsfrage des nördlichen und nordöstlichen Albanien der Phase der Transaktionen und Kompromisse definitiv entrückt ist. In dieser Tatsache können weder serbische noch montenegrinische Operationen vor Estland etwas ändern.

Der tapfere deutsche Fremdenlegation.

Das „Echo de Paris“ rühmt heute morgen in einem längeren Artikel die von der Fremdenlegation in dem Kampfe bei Retchia vollbrachten Selbsttaten. Namentlich hebt das Blatt die Tapferkeit eines Legionärs namens Pantzer hervor. Dieser hat seinen Hauptmann von einer

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. April 1913.

Am Bundesratsstische: Staatssekretäre v. Jagow, Kühn. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr mit folgenden Worten: Die Vöner bekannt geworden, ist gefahren mit Seiner Majestät den König von Spanien, einer Nation, mit der wir uns in den besten freundschaftlichen Beziehungen befinden, ein fluchwürdiger Attentat verübt. Ich glaube in aller Eile Namen der Freude Ausdruck geben zu können, daß Seine Majestät der König unversehrt geblieben ist. Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben; ich stelle das fest. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsanhaltstatuts für 1913 und zwar der Spezialetat für das Auslandische Amt.

Die Kommission beantragte Annahme des Etats. Außerdem schlug sie die Annahme dreier Resolutionen vor, und zwar betreffend den Bau der Eisenbahn von Leipzig nach Leipzig, Ausbau des Orientalischen Seminars und Fortsetzung einer Deutschlehrer über die deutschen Schulen im Ausland.

Nachdem Abg. Westermann über die Beratungen der Kommission berichtet hatte, ergreift das Wort

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: Der Auftrag habe, daß die deutsche Diplomatie in der Balkanfrage vorzugehen werde, vermag ich mich nicht anzuschließen. Wann und ob ein Krieg ausbricht, meine Herren, ist meist ein Katalipiel, das auch die Machtvollkommenen nur in den seltensten Fällen zu lösen wissen werden. Der Zeitpunkt des Kriegsausbruchs konnte und sollte von niemandem wie von den Kabinetten der kriegführenden Großmächte vorhergesagt werden. Vorzeitig aber sich zum Anmarsch der Heeresmärsche zu machen, können wir in solchen Fällen schon mit Rücksicht auf das wirtschaftliche Deutschland nicht erlauben. Die Chancen für eine baldige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

Einmalige Wiedergewinnung des Friedens am Balkan haben sich im Laufe der hinter uns liegenden Woche in erfreulicher Weise vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Mächte auf die letzte Note der Serbischen Welt hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten überhört. Wir haben Anlaß zu hoffen, daß sich eine günstige Aufnahme beschließen wird. Die

lande gerecht behandelt werden. Deshalb halten wir die Außenpolitik der Regierung für durchaus verfehlt. Als Exporland haben wir ein eminentes Interesse an der Stetigkeit unseres Handels mit China, deshalb verlangen auch wir die Anerkennung der Republik China. Durch eine Entspannung zwischen England und Deutschland wäre beiden Teilen am besten gedient. Wenn wir bisher mehrfach mit Nachdruck an die Seite Österreichs getreten sind, so kann auch für uns die Zeit kommen, wo wir eines treuen und starken Bundesgenossen bedürfen. Seit der Zeit des Staatssekretärs v. Ribbentrop hat unsere äußere Politik in Sachsen geführt worden, denen wir nur Vertrauen entgegenbringen können.

Abg. Dr. v. Richthofen (Natl.): Auch wir halten die Politik der Regierung, treu an Österreich Seite zu stehen, für richtig. Die armenische Frage sollte jetzt lieber nicht angehtreten werden, um nicht Anlaß zum Eingreifen zu geben. Eine Einigung der Mächte über die Bagdad-Bahn ist notwendig. In der diplomatischen Karriere muß die Nation wohl hingericht oder abget, vollständig ausgeben. Die Nation muß hinter der Politik ihrer Regierung stehen. Dazu ist aber erforderlich, daß die Regierung die Ziele ihrer Politik bekanntgibt.

Staatssekretär von Jagow: Die neue Periode in China begleiten wir als alte Freunde des alten chinesischen Reiches mit den besten Wünschen. Die Anerkennung der Republik und die Frage der Anleihe haben nichts miteinander zu tun. Sowie der erste wirkliche Präsident der Republik gewählt ist, werden wir der Frage der Anerkennung nachtreten. Vor allen Dingen heißt es dort, eine vernünftige Finanzpolitik treiben. Wenn unser Land dort nicht die gemeinsamen Fortschritte macht, so liegt dies auch an der allgemeinen Stagnation in China vor und während der Revolution. Ich vertraue unserem tüchtigen Kaufmannstande, daß er diese Krisis überwindet. Die Förderung, neue Konjunktur zu schaffen, werden wir vollständig fördern. Der Förderung des Schmelzens wenden wir höchste volle Aufmerksamkeit zu. Ich hoffe, daß wir hierfür in nächsten Etat die nötigen Mittel beschaffen können. Betreffs der Monarchiefrage hoffe ich, daß sie eine Lösung findet, die unseren nicht sehr großen, aber entwicklungsreichen dortigen Interessen Rechnung trägt.

Abg. Dr. Heßler (Fortf. v. N.): Ich hoffe, daß unsere erheblichen Interessen in Kleinasien auf das nachdrücklichste gewahrt werden. Die Ereignisse der letzten Monate lassen die Hoffnung zu, daß England und Deutschland auch in künftigen Kriegen Schlichter an Schlichter werden. Wir begnügen uns festzustellen, daß der Dreibund gerade in der letzten Zeit wieder unversöhnliche Lebenskraft gezeigt hat. Der dauernde Bedarf in unseren diplomatischen Vertretungen hat es sich schwebend, daß wir in den Zeiten der Umwandlung in China vorübergehend nur durch zwei Dolmetscher vertreten waren. Das deutsche Volk will nicht die Passivität der deutschen Staatskraft.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Auch wir beklagen, daß wir in China hinter anderen Mächten zurückstehen. Das liegt daran, daß uns nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Bezüglich der Fremdenlegation läßt die französische Regierung alle Reservationen unberücksichtigt, wenn die betreffenden über 18 Jahre alt sind.

Abg. Erberger (Zentr.): Unsere Staatspolitik für kulturelle Zwecke im Ausland sind nicht hoch genug. Deshalb bin ich dem Staatssekretär für die Erklärung, daß unsere Handelsinteressen am Balkan voll gewahrt werden. Das orientalische Weltmarkt in Berlin muß als einer Auslandsbüroschule ausgebaut werden, namentlich hinsichtlich der Bibliothek.

Darum wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. April 1913.

Am Regierungstische: Dr. Frhr. v. Schorlemer. Vizepräsident Dr. Forst eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

In dritter Beratung wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Vermittlung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, in der hantlichen Vertriebsverhältnisse sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten, ohne Debatte angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Fortbildungsschulgesetzes. Die Gemeindefunktionäre beantragte eine Resolution, bei der Ausführung dieses Gesetzes auf religiöse Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschüler Bedacht zu nehmen.

Die Abg. Brandhuber (Ztr.) und Gen. beantragten folgenden Zusatz: „In das Erbschaft kann religiöse Unterweisung als obligatorischer Unterrichtszweig enthalten und aufgenommen werden.“

Ein Antrag des Abg. Dr. Beh (Ztr.), den Gesetzentwurf zum Zwecke der schriftlichen Verichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen, fand den Widerspruch der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten und wurde daher zurückgezogen.

Da bei dem freiwilligen Besuch der Fortbildungsschulen die Teilnahme am Unterricht erhaltungsgemäß sehr gering ist, sind wir geneigt, für obligatorischen Fortbildungsschulunterricht über die Bedeutung und Wichtigkeit der religiösen Unterweisung kann kein Zweifel bestehen. Der obligatorische Religionsunterricht ist gegenüber den Einflüssen von außen unbedingt notwendig. (Zehr wahr!) Er wird einen vollständigen Einfluß ausüben.

Abg. Wohlfaß (Natl.): Es handelt sich in diesem Gesetze nicht um den Inhalt des Unterrichts. Das Verlangen des Zentrums paßt also nicht in den Rahmen dieses Gesetzes hinein. Auch wir wollen die Erziehung der Jugend auf religiöser Grundlage. Aber den Religionsunterricht selbst müssen wir vermeiden, denn in der Fortbildungsschule ist dafür kein Raum mehr vorhanden.

Zunächst war noch ein Antrag der Abg. Ernst und Kändler (Fortf. v. N.) eingebracht, das Gesetz auch für die Provinzen Westpreußen und Posen auszubringen.

Minister Frhr. v. Schorlemer: Die Regierung wird der Frage der Ausdehnung des Gesetzes auf die Provinzen Westpreußen und Posen näher treten. Für diese Provinzen soll jedoch ein besonderes Gesetz erlassen werden. Der Antrag der Zentrumspartei ist für die Regierung unannehmbar.

well der vorliegende Gesetzentwurf über die Lehrgangspunkte eine Bestimmungen enthält, und weil es nicht angängig ist, über das Alter von 14 Jahren hinaus einen Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts einzuführen. Das würde auch mit dem Landrecht in Widerspruch stehen. Die Religion ist doch in letzter Linie etwas Freiwilliges.

Abg. Nissen (Däne): Wir treten der Bestimmung des Gesetzes, daß in der Provinz Schleswig-Holstein die Verpflichtung zum Besuche der sämtlichen Fortbildungsschule auch durch Beschluß der Kreisverbände gegenüber der Gemeinden eingeführt werden kann, entgegen, weil wir keinen Zwang haben wollen. Das Gesetz ist gegen uns ein Ausnahmesech. Wir wünschen, daß der Sonntagsunterricht überhört fortfällt. Wenn er aber doch eingeführt werden sollte, möchte wenigstens der Besuch freigelegt werden sollte.

Abg. v. Bonin-Stormann (Freisinn.): Der Antrag des Zentrums auf Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts ist für uns unannehmbar. In Nordfriesland ist es ganz besonders verboten, daß der Fortbildungsschulunterricht in deutscher nationaler Sprache erteilt wird. Deshalb sind wir mit der Bestimmung einverstanden, durch welche die bänische Propaganda verbunden werden soll. Wir werden unter Ablehnung der Abänderungsanträge für unveränderte Annahme des Gesetzes stimmen.

Abg. Zeinert (Soz.): Die sozialdemokratische Partei hält es für einen Mangel, daß der obligatorische Fortbildungsschulunterricht nicht allgemein durchgeführt wird. Man sollte für ganz Preußen vollständig einheitliche Bestimmungen schaffen. Das Zentrum will die Fortbildungsschulen seinen Zwecken dienstbar machen; dafür sind wir nicht zu haben. Versuchen Sie unsere Fortbildungsschulen mit Weltreue, die mit dem Charakter der Fortbildungsschulen nicht einverstanden sind.

Abg. v. Pappenheim (Konf.): Das Zustandekommen dieses Gesetzes in der vorliegenden Fassung ist von allen beteiligten Provinzen gewünscht und erstrebt zu werden. Der Antrag, das Gesetz auf Posen und Westpreußen zu übertragen, erscheint uns unvollkommen. Man möchte wenigstens auch Ostpreußen mit einbezogen. Ich würde es begehren, wenn eine solche Ausdehnung hier beschlossen würde, ohne vorher die Vertretungen dieser Provinzen zu hören. Der Antrag, der sich mit den Ausnahmebestimmungen für Schleswig-Holstein beschäftigt, ist deshalb für uns unannehmbar, weil wir es für nicht halten, auf die besonderen Verhältnisse in Nordfriesland Rücksicht zu nehmen.

Abg. Herold (Ztr.): Wenn die Gemeinden vor die Frage gestellt werden, ob sie die Jugendzettel zum Besuche des Fortbildungsschulunterrichts zuweisen sollen, so müssen sie auch in der Lage sein, den Beschlüssen zu beschließen. Wenn die Vorlage einen diesbezüglichen Mangel enthält, so haben wir dafür zu wirken, daß dieser Mangel beseitigt wird.

Abg. Eull (Ztr.): Ich lese den Zweck der Fortbildungsschule nicht allein darin, den Schülern Wissen zu vermitteln, sondern vor allem darin, ihnen sittliche Festigung auf christlicher Grundlage zu geben. Ich bitte den Minister um Aufschluß, ob die Errichtung einer Fortbildungsschule von der Gemeinde wieder aufgehoben werden kann. Der Minister meint, es widerstrebe dem Landrecht, den Zwang auf den Religionsunterricht über das 14. Lebensjahr hinaus auszubehalten. Im Zentrum und Gymnasien ist doch der Religionsunterricht auch obligatorisch.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Ernst (Fortf. v. N.), daß er infolge der Erklärung der Regierung seinen Antrag zurückziehe.

Minister Frhr. v. Schorlemer: Man hat der Regierung Antonowitsch vorgeworfen, daß an den Gemeinden und Gymnasien Religionsunterricht obligatorisch erteilt werde, während dies bei den Fortbildungsschulen nicht der Fall ist. Ein grundsätzlicher Unterschied besteht doch darin, daß man zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet ist, während dies bei den Gemeinden und Gymnasien in gewisser Hinsicht nicht der Fall ist. Der Standpunkt der Regierung ist in dieser Frage grundsätzlich. Die Regierung will aber die Hand dazu bieten, daß ein freiwilliger Religionsunterricht stattfindet. (Beifall.)

Unter Ablehnung sämtlicher Anträge wurde das Gesetz unverändert in der Verrenhausfassung angenommen. Die Resolution der Kommission wurde gleichfalls angenommen, über die Petitionen wurde nach den Anträgen der Kommission beschlossen.

In der sofort folgenden dritten Beratung wurde das Gesetz, welches die Errichtung von Fortbildungsschulen in gewisser Hinsicht nicht der Fall ist, einstimmig angenommen. Auch ein Teil des Zentrums stimmte dafür.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verbesserung der Obermutterkassen unterhalb Breslau, auf Grund des Beschlusses der 22. Kommission, die die Annahme der Vorlage mit erheblichen Änderungen, sowie der folgenden Resolution beantragt: Die Regierung zu ersuchen, unter entsprechender Beratung der Interessenten 1. eine Begrabigung und Vertiefung der Fahrstraße Einmündel-Stettin auf mindestens 8 Meter durchzuführen, 2. eine Ermächtigung der hantlichen Vertriebsverbände einzutreten zu lassen.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Die Regierung ist mit den Änderungen der Kommission einverstanden. Der zweckmäßige Weg für die Entschädigung der betroffenen Verbandsmitglieder wird die Abfindung in Land sein. Nachdem eingetragene Verhandlungen mit den Provinzialbehörden insofern stattgefunden haben, hofft die Regierung auf dem Wege der freien Vereinbarung diesen Zweck zu erreichen.

Abg. Eull (Ztr.): Wir werden für das Gesetz in der Fassung der Kommission stimmen, ebenso für die Resolution der Kommission in der Ermächtigung, daß für Schienen darüber keine Rechte erworben werden.

Minister v. Breitenbach: Die Regierung stimmt dem Kommissionsantrag für Stettin zu, sie wird erörtern, ob in dieser Richtung vorgegangen werden kann. Dann werden sich die Kontraktverhältnisse für Stettin günstiger gestalten, und darin erkranken wir auch einen Vorteil für die Schifffahrt in Schellen.

Die Vorlage wurde nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die Resolution der Kommission wurde ebenfalls angenommen. Der Gesetzentwurf wurde hierauf in dritter Beratung ohne Debatte angenommen. Sodann wurden die Königliche Verordnung über die Restkosten der Justizbeamten sowie die Denkschrift über die hantliche Disziplin als Anlaß des Unwetters am 14. Juli 1910 im Mandatsfelder Bereiche durch Vermittlung der Reichstag erlassen. Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Dritte Lesung des Etats. Schluß 3 1/2 Uhr.

